

Völkerrecht erstickt unsere Freiheit



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
2. Zentral-
vizepräsident,
Zürich

Betrachtet man die Systematische Sammlung des Bundesrechts (SR) über eine gewisse Zeit hinweg, so zeigt sich eine ungesunde gesetzgeberische Hyperaktivität unserer Politiker. Für jedes Problemchen muss sofort ein Gesetz her, samt neuen Strafbestimmungen. Noch rasanter schießt indessen ins Kraut, was sich in der Gesetzesammlung ganz vorne, unter der Anfangsziffer null befindet: Die Staatsverträge. Unser Land verstrickt sich immer tiefer in ein

Gestrüpp völkerrechtlicher Abkommen

Auch wenn nur wenige von grosser Tragweite sind und die meisten relativ belanglose technische Details regeln – in seiner Gesamtheit erstickt dieses Völkerrecht langsam aber sicher unser Recht auf Selbstbestimmung. Neuerdings werden sogar Verträge abgeschlossen, die uns verpflichten, zukünftige Änderungen ausländischer Gesetze zu übernehmen.

Hinzu kommt, dass unsere Regierung bei der Erfüllung der vertraglichen Pflichten stets ein «Musterschüler» sein will. Übertriebene Hygienevorschriften im Lebensmittelsektor etwa werden bei uns so rigoros umgesetzt, dass **mancher Bauer oder Lebensmittelhändler daran verzweifelt und schliesslich wegen der horrenden Folgekosten aufgeben muss.** Auf einem bulgarischen, maltesischen oder polnischen Marktplatz nimmt niemand solche Vorschriften ernst. Man hält sich an die altbewährten Regeln, die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit völlig ausreichen. **Selbst wenn ein Staatsvertrag so verheerende Folgen hat wie das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, das uns eine anhaltende Masseneinwanderung aufzwingt, traut sich der Bundesrat nicht, ihn zu kündigen.** Er hat eine

krankhafte Angst vor Repressalien seitens des Auslands

Doch wer ist denn eigentlich dieses «Ausland», dessen Repräsentanten sich unverschämt in unsere Angelegenheiten einmischen und bisweilen gar mit der «Kavallerie» drohen? **Es ist einzig die Politiker-, Manager- und Diplomatenkaste der jeweiligen Länder.**

Diese vereinigten Handlanger der multinationalen Konzerne wollen uns in ein neoliberales Konstrukt namens «Vereinigtes Europa» hineinzwingen.

Da können dann nicht nur Kapital, Güter und Dienstleistungen, sondern auch Menschen wie Schachfiguren schrankenlos immer dorthin verschoben werden, wo das Grosskapital sie am besten ausbeuten kann. Ich habe selber



Wie eigenständig ist das Schweizer Rechtssystem in Wirklichkeit noch? Regelmässig hebt das Völkerrecht hiesige Reformen, insbesondere Volksentscheide, aus.

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons St. Gallen laden Sie ein zur diesjährigen traditionellen

1.-August-Feier

in Abtwil (im Säntispark)

Wir freuen uns, mit Ihnen einen unterhaltsamen und gemütlichen Nationalfeiertag zu verbringen.

schon viele Länder bereist und dabei von «gewöhnlichen Bürgern» noch nie ein schlechtes Wort über die Schweiz gehört. Man beneidet uns höchstens wegen der viel umfassenderen demokratischen Rechte, die wir Schweizer besitzen! Wir sollten uns also nicht beeindruckt lassen, wenn zum Beispiel die OECD droht, uns auf eine «schwarze Liste» zu setzen, falls wir ihre

(demokratisch in keiner Weise abgestützten) «Standards» nicht übernehmen. Soll sie das doch ruhig tun. Die Antwort darauf muss

der sofortige Austritt aus einer solchen multinationalen Organisation sein. Dann kreischen die ausländischen «Eliten» (brav orchestriert

Fortsetzung Seite 2

Nur mit einer Beschränkung der Zuwanderung aus EU-Staaten kann die Masseneinwanderungsinitiative glaubwürdig umgesetzt werden. Dabei spielen Drittstaaten keine tragende Rolle.

Völkerrecht erstickt unsere Freiheit

Fortsetzung von Seite 1

von der unsrigen) ein paar Wochen Zetermordio, **aber wenn sie merken, dass wir uns nicht einschüchtern lassen, kehrt bald wieder Ruhe ein.** Man hört immer wieder, dass wir uns Widerstand gegenüber der immer frecheren ausländischen Einmischung nicht leisten könnten, weil wir jeden zweiten Franken im Ausland verdienten. Letzteres mag zutreffen, **aber das war schon immer so, auch ohne «Bilaterale», und daran wird auch kein EU-Funktionär etwas ändern können.**

Solange unsere Produkte von hoher Qualität sind, werden sie gekauft, ob das «Brüssel» (oder auch Washington) passt oder nicht.

Ganz besonders schlimm ist bei unserem Bundesrat das

Duckmäusertum gegenüber «Brüssel»

Immer wieder rennen Schweizer Politiker und Diplomaten dorthin und betteln um weitere Verträge, die uns noch mehr fesseln und knebeln. Das ist eines freien, souveränen Landes unwürdig. **Dies gilt umso mehr, als die EU ja nicht einmal ein Staat, sondern nur ein Geflecht von Staatsverträgen und damit eigentlich gar kein Völkerrechtssubjekt ist.** Bern sollte endlich aufhören, mit der Brüsseler Bürokratie zu verhandeln, und öffentlich klarstellen, dass wir zu konstruktiven Gesprächen und Vereinbarungen über alle möglichen Themen bereit sind, aber nur mit den Regierungen der jeweils betroffenen Länder.

Wenn wir beispielsweise mit Deutschland einen Fluglärmkonflikt haben, geht das Finnland, Irland oder Portugal nichts an.

Nimmt das Volk Initiativen an, die dem unterwürfigen Verhalten unserer Landesregierung gegenüber «Brüssel» ein Ende setzen wollen und deshalb der selbst ernannten politischen und wirtschaftlichen «Elite» nicht passen, wird sofort

das Völkerrecht bemüht, um den Volkswillen auszuhebeln

Mittlerweile behauptet sogar unser eigenes oberstes Gericht, das Völ-



Nebst der EU schränken vor allem die Institutionen der Uno (Bild: Büro der Vereinten Nationen in Genf) das Schweizer Landesrecht ein und schaffen somit «fremde Richter».

kerrecht stehe über dem Landesrecht. Dies stimmt natürlich insofern, als wir verpflichtet sind, Staatsverträge einzuhalten, solange sie bestehen. Es steht uns aber selbstverständlich frei, **Verfassungsbestimmungen und Gesetze zu erlassen, die Staatsverträgen widersprechen.**

In einem solchen Fall muss der betreffende Staatsvertrag dem neuen Landesrecht weichen und auf den nächstmöglichen Termin gekündigt werden.

Eine Ausnahme davon bildet gemäss Bundesverfassung (leider) das **sogenannte «zwingende Völkerrecht»**. Dabei handelt es sich zwar grösstenteils um unproble-

matische Regeln wie etwa das Folterverbot, das hierzulande niemand in Frage stellt. Immerhin sei der Hinweis erlaubt, dass auch solche uns selbstverständlich erscheinende Normen keineswegs weltweit anerkannt sind, sondern in zahlreichen Ländern keine Geltung haben. **Von «zwingend» kann also selbst hier kaum die Rede sein, ganz abgesehen von der Frage, wer sich denn eigentlich die Befugnis anmass, der ganzen Welt «zwingende» Gesetze aufzuerlegen.**

«Zwingend» sind angeblich auch höchst fragwürdige Vorschriften wie das sogenannte «Non-Refoulement-Prinzip»: In einem langwierigen Asylverfahren zeigt sich, dass

ein Gesuchsteller in seiner Heimat keiner Verfolgung ausgesetzt ist. Folgerichtig wird sein Asylgesuch abgelehnt. **Und dann müssen wir ihn nach dem erwähnten Prinzip trotzdem hier behalten, weil ihm im Falle der Heimführung vielleicht doch irgendein Übel widerfahren könnte.** Wie lange will unsere Regierung diesen Unfug noch mitmachen?

Es ist höchste Zeit, den Begriff des «zwingenden Völkerrechts» aus der Verfassung zu streichen, entsprechende Staatsverträge zu kündigen und aus internationalen Organisationen auszutreten, die derlei propagieren.

Neue Nationalhymne

Wo bleiben eigentlich die Wortmeldungen aus dem Lager der Vorkriegs- und Kriegsgenerationen, die noch mit «Heil Dir Helvetia, hast ja noch der Söhne ja, wie sie Sankt Jakob sah, freudvoll zum Streit» aufgewachsen sind?

Spätestens als man realisierte, welch unendliches Glück die Schweiz hatte, nicht «freudvoll» in den grässlichen Streit, genannt 2. Weltkrieg, verwickelt gewesen zu sein, wurde man sich dieses skurrilen Textes bewusst.

Als dann die wiederkehrenden englischen Touristen an unseren 1.-August-Feiern lauthals ihre «precious Queen» statt unserer «Helvetia» lobpreisten, weil ihre Hymne dieselbe Melodie hatte (und noch hat!) wie die unsere, da musste die «Helvetia» dem «Morgenrot» weichen.

Mir hat die heutige Melodie mit ihrem ganz speziellen Rhythmus immer gut gefallen. **Sie hat schon manchem Schweizer Athleten, der es auf ein Siegerpodest geschafft hat, Tränen zu entlocken vermocht.** Warum nicht einfach diese Melodie, die doch schon in der hal-

ben Welt erklingen ist, mit einem etwas zeitgemässeren Text beibehalten?

*Edith B. Spänhauer,
Liestal*



Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich um eine politische Information. Dies ist der Grund, weshalb sie auch in jene Briefkästen verteilt wird, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Dies ist gesetzlich erlaubt!

Die SD befürworten den Entscheid des Nationalrats zugunsten der Aufhebung des Cassis-de-Dijon-Prinzips. Der Schutz unserer einheimischen Landwirtschaft gegenüber globalistischen Tendenzen hat absolute Priorität.

EU-Rahmenvertrag gefährdet Selbstbestimmung



Margrit
Neukomm,
Mitglied Partei-
leitung der SD
Schweiz, Bern

Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 ist schon mehr als ein Jahr vergangen und nichts geschah. Die EU liess dazu nur folgenden Kommentar verlauten: «Die Personenfreizügigkeit ist nicht verhandelbar.» Der vorherige EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso stellte die Schweiz sogar vor folgende Alternative: «Entweder lässt Ihr Euch in die EU-Strukturen einbinden oder mit den bilateralen Verhandlungen ist Schluss!» Schon 2008 erklärte Barroso, dass die «Bilateralen» mit der Schweiz für die EU unhaltbar seien und von einem Rahmenvertrag abgelöst werden müssten.

Der Bundesrat will das am 18. Mai 1992 eingereichte EU-Beitritts-gesuch, das er schon vor der abgelehnten Volksabstimmung zum EWR vom 6. Dezember 1992 nach Brüssel sandte, nicht zurückziehen.

Damals stimmten immerhin 50,3% gegen einen EWR-Beitritt, im Jahre 2001 schon 76% gegen einen EU-Beitritt. Gemäss einer ETH-Studie lehnen heute 84% aller Schweizer eine Vollmitgliedschaft ab. Trotzdem wollen Bundesrat und Parlament immer noch in die EU. Dies ist eine klare Missachtung des Volkswillens!

Rahmenvertrag ist Unterwerfungsvertrag

Die EU fordert, dass die Schweiz ein Rahmenabkommen unterschreibt, das eine institutionelle Anbindung an die EU verlangt. **Der Bundesrat verschleiern die Konsequenzen, nennt es verharmlosend die «Erneuerung des bilateralen Weges».** Dass wir dadurch unser freies Selbstbestimmungs- und Unabhängigkeitsrecht verlieren, wird dem Volke verschwiegen. Die traurige Wahrheit ist, **dass wir durch diesen Vertrag in unseren**

Rechten massiv eingeschränkt werden.

Wir wären gezwungen, alle Gesetze und Beschlüsse der EU in allen Sachbereichen automatisch (dynamisch), sogar rückwirkend, kritiklos zu übernehmen.

Der Europäische Gerichtshof wäre im Streitfall die letzte Instanz und dürfte Sanktionen und Straf-massnahmen verhängen. Der Bundesrat nennt diese beschönigend «Ausgleichsmassnahmen». EU-Richter sollen also das Recht haben, über uns zu bestimmen und zwar ohne dass wir uns dagegen wehren können.

Das EU-Gesetz soll über unserer Bundesverfassung stehen, das werden wir niemals akzeptieren!

«Milchkuh» ohne Mitspracherecht

Als zusätzliche Verschärfung soll in der Schweiz zwecks Überwachung der Einhaltung der EU-Gesetze ein Wächterrat mit EU-Personal eingerichtet werden.

Gemäss Rahmenvertrag wären wir auch verpflichtet, regelmässig jährliche Kohäsionszahlungen in Milliardenhöhe an finanziell schwächere EU-Mitglieder zu entrichten.

Das Rahmenabkommen sieht keinerlei Mitspracherecht der Schweiz vor. Wir wären im Vergleich zu einer EU-Mitgliedschaft noch schlechter gestellt. Da hätten wir immerhin ein Mitbestimmungsrecht von gerade einmal 2,5%, abhängig von der Bevölkerungszahl. Faktisch könnten wir aber auch so nicht mitbestimmen, da der Prozentsatz mit der weiteren Aufnahme neuer Staaten ständig sinken wird. Unser Einfluss auf Entscheidungen wäre äusserst gering.

Die EU will uns den Rahmenvertrag aufzwingen, der schleichend zu einem Beitritt führen würde.

Weil wir nebst Deutschland eines der finanzstärksten Länder Europas sind, sollen wir zur Milchkuh



Der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, forderte ursprünglich die Verklavung der Schweiz mittels Rahmenvertrag.

für die EU werden! Warum lässt das unser Bundesrat zu? Verspricht er sich mehr Macht, weil die Rechte der unbequemeren Stimmbürger arg zurückgestutzt würden?

Chance für ein Nein?

Unser Aussenminister Didier Burkhalter hat angekündigt, dass für 2016 eine Volksabstimmung über das Rahmenabkommen mit der EU geplant sei. Das gibt uns die Chance, **Nein zu sagen zu diesem Vertrag, der uns zu einem Untertanenland der EU degradiert.** Die EU ist ein zentralistisches Machtgefüge, welches allen eidgenössischen Prinzipien widerspricht. Eine Annäherung im Rahmen dieses Abkommens wäre somit unannehmbar.

Kündigung der bilateralen Verträge

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma ist die Kündigung der bilateralen Verträge. Nur so können wir uns vor diesem gefährlichen Rahmenabkommen retten! Falls die EU bereit ist, könnten wir neue bilaterale Verträge aushandeln, zum Beispiel über die Personenfreizügigkeit. Wir verlangen das Recht, die Kontingente selbstständig zu bestimmen.

Die EU braucht uns mehr als wir sie, man denke nur an den Transitvertrag, den sie dringend für ihren immensen Warenaustausch benötigt, den wir sogar zu zwei Dritteln mitfinanzieren.

Wir sollten den Mut aufbringen, der EU selbstbewusste Forderungen zu stellen und uns nicht immer nur zu ducken! **Auch ohne EU können wir überleben, Länder wie Norwegen und Island beweisen das.**

Nein zum schleichenden EU-Beitritt

Der Rahmenvertrag ist eine ernste Gefahr und voller Fallstricke, die unsere Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Souveränität bedrohen. Wir werden damit zu einem Vasallenstaat der EU.

Dies haben einige namhafte Politiker schon im Jahre 2013 erkannt und deshalb das überparteiliche Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» gegründet, um das Rahmenabkommen zu bekämpfen.

Die Initianten sind e. Bundesrat Christoph Blocher und e. Nationalrat Ulrich Schlüer.

In kürzester Zeit sind 300'000 besorgte Schweizer Bürger beigetreten und die Zahl der Neueinschreibungen steigt weiter.

Nur eine erkannte Gefahr kann rechtzeitig gebannt werden. Darum soll jeder Stimmbürger wissen, was mit diesem unheilvollen Rahmenabkommen auf uns zukommt!

Für die Nationalratswahlen im Herbst sollten wir die Einstellung der Politiker genauestens überprüfen und gut überlegen, wen wir als Volksvertreter wählen.

Wir, die Stimmbürger sind immer noch der Souverän und hoffen, dass es so bleibt!

Mit dem Rahmenvertrag verklavt sich die Schweiz gegenüber der EU und gibt ihre Unabhängigkeit und Souveränität vollumfänglich auf.

Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 14. Juni 2015

Die ordentliche schweizerische Frühlingsversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 14. Juni 2015 beschlossen:

Nein zum Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (Präimplantationsdiagnostik)

Die Verfassungsänderung verlangt, dass im Rahmen der künstlichen Befruchtung der gezeugte Embryo vor seiner Einpflanzung in die Gebärmutter genetisch untersucht werden darf. Nun will man diese sogenannte Präimplantationsdiagnostik (PID) den Trägern von schweren Erbkrankheiten zugänglich machen. Zudem würde allen Paaren, welche auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen können, diese Methode ebenfalls zur Verfügung stehen. Letztere Zulassung lehnen die Schweizer Demokraten (SD) jedoch entschieden ab, **zumal eine verhältnismässig hohe Anzahl von potenziellen Eltern für eine PID in Frage käme. Dies hätte eine ungerechtfertigte Auswahl zwischen bevorzugtem und weniger gewünschtem Leben zur Folge.** Gleichzeitig soll die Entwicklung von bis zu zwölf Embryonen (heute drei) erlaubt werden, was diese Wahlmöglichkeit nochmals verstärkt.

Die Geburt eines Menschen mit schwerwiegendem gesundheitlichem Gebrechen (unter anderem Trisomie) würde wohl auf diese Weise generell verhindert.

Daher ist die vorliegende Regelung für die Einführung der PID zu grosszügig und somit auch missbrauchsanfällig. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.



Ein Ja zur Stipendieninitiative schränkt die Zuwanderung ein.

Ja zur Volksinitiative «Stipendieninitiative»

Die Initiative verlangt, dass der Bund für einheitliche Ausbildungsbeiträge sorgt sowie auch deren Höhe und die entsprechenden Bedingungen festlegt. Zudem soll die finanzielle Unterstützung einen minimalen Lebensstandard während des Studiums gewährleisten. **Oftmals ist der Entscheid, eine Qualifikation auf Tertiärstufe anzustreben, abhängig vom Wohnkanton oder der finanziellen Ressourcen der Eltern.**

Generell hat das Stipendienvolumen seit 1993 um 25% abgenommen, wobei die Bundessubventionen ebenfalls gesunken sind.

Dabei bestehen erhebliche kantonale Unterschiede. Im Kanton Zürich beziehen 0,3% der Bevölkerung durchschnittlich Fr. 3800.– pro Semester, im Kanton Neuenburg 1% lediglich Fr. 1200.–. Die angestrebte Harmonisierung bildet einen wichtigen Beitrag zur besseren Ausschöpfung des Inländerpotenzials, **sodass mittels Er-**

höhung der Studentenquote die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte reduziert werden kann. Diesem Ziel trägt der indirekte Gegenvorschlag zu wenig Rechnung, zumal nur Grundsätze der Stipendienvergabe vereinheitlicht würden. Deshalb haben die SD die Ja-Parole beschlossen.

Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbrechtssteuerreform)»

Zum einen besitzen heute die reichsten 2% der Bevölkerung gleich viel Vermögen wie die übrigen 98%. Die Initiative wäre somit ein geeigneter Lösungsansatz zur Sicherung der Sozialwerke, **zumal eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Bruttolohnprozente sozial Schwache stärker beeinträchtigen könnte.** Auch sollte ein genereller Abbau der Sozialleistungen möglichst verhindert werden. Die Regelung der Besteuerung von Nachlässen über 2 Millionen Franken ist ausserdem eher grosszügig. Zum anderen verlangt das Begehren durchwegs einen hohen Steuersatz von 20%, was insbesondere bei Schenkungen ab Fr. 20'000.– ins Gewicht fällt. **Diese Obergrenze als Freibetrag wurde zu tief angesetzt, sodass auch Personen mit durchschnittlichen Vermögensverhältnissen davon betroffen sind.** Zudem hat eine solche Steuer automatisch negative Auswirkungen auf die Nachfolgeregelungen von Familienbetrieben, welche als natürliche Personen keine Unterscheidung zwischen Privat- und Geschäftskapital kennen und daher Verluste hinnehmen müssten.

Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten den allgemeinen Lösungsansatz der Initiative und lehnen zugleich deren restriktiven Wortlaut ab.

Aus diesen Gründen verzichten die SD auf die Fassung einer Parole und beschliessen Stimmfreigabe.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)

Mit dieser Reform will man einen Systemwechsel bei den Gebühren für Radio und Fernsehen herbeiführen. Die bisherige geräteabhängige Empfangsgebühr soll demnach durch eine allgemeine Abgabe für sämtliche Haushalte und Unternehmungen ersetzt werden. Dabei ist es stossend, dass Geschäftsbetriebe, welche üblicherweise keinen Konsum von Radio- und Fernsehkanälen betreiben, eine neue Steuer bezahlen müssen.

Der Unternehmer selbst würde allenfalls gar doppelt, geschäftlich und privat, zur Kasse gebeten.

Bereits die heutigen Abgaben sind im Vergleich zum Ausland als hoch einzustufen, **zumal die SRG mit den bestehenden Gebühren etwa eine Milliarde Franken zur Verfügung hat.** Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten zwar die Senkung der Abgaben für Privathaushalte. Dennoch sind gerade bei der Besteuerung von Betrieben generell andere Prioritäten zu setzen.

So haben beispielsweise Beiträge für ökologische Nachhaltigkeit oder Mindestlöhne eine weitaus grössere Bedeutung.

Ansonsten fügt man dem Wirtschaftsstandort Schweiz langfristig Schaden zu. Deshalb haben die Schweizer Demokraten (SD) die Nein-Parole beschlossen.

Frühlingsversammlung
der SD Schweiz

Achtung: Neue Steuerfalle!



NEIN

Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen
Neue Billag-Mediensteuer

www.mediensteuer-nein.ch

Auf direktem Weg in die Diktatur?

Befindet sich die Schweiz von unserer einst so viel gerühmten «direkten Demokratie», wo die Stimmbürger das letzte Wort hatten, auf direktem Weg in eine Diktatur à la EU? Liest man den entsprechenden Artikel im Badener Tagblatt (az/BT), so kann man kaum zu einem anderen Schluss kommen. Unter dem Titel «Wo ein Volkswille ist, ist auch ein Ausweg» wird auf einer halben Zeitungsseite ausführlich beschrieben, wie das Resultat der Volksabstimmung vom 11. März 2012 über die sogenannte «Zweit-

wohnungsinitiative» von unseren Herren in Bern systematisch manipuliert wird. **Sowohl der Bundesrat (sollte es statt Landesväter nicht eher Landesverräter heissen?) als auch National- und Ständerat arbeiten an einer (Zitat aus az/BT) «Verwässerung der Initiative, wie das in dieser Dimension noch kaum je vorgekommen ist.** Es ist, als ob wir gar nie über die Initiative abgestimmt hätten (Ende des Zitats). **Führend an dieser Kampagne zur Missachtung des schweizerischen Volkswillens sind ausge-**

rechnet SVP, CVP und FDP, die sich so gerne als «volkstragende Parteien» bezeichnen. Selbst Martin Bäumle, Präsident der Grunliberalen Partei, der im Abstimmungskampf noch gegen die Zweitwohnungsinitiative gewesen war, sagt hierzu (wörtlich): «Das Parlament leistet sich einen Verfassungsbruch.»

Sogar Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) warnte bereits bei den Beratungen im Ständerat, dass der verfassungsrechtliche Spielraum im bundesrätlichen Gesetzesentwurf

mehr als ausgegrenzt sei. Die az/BT kommentierte wörtlich: «Selbst dieser mehr als deutliche Hinweis, dass bereits der Bundesrat die Grenze der Verfassung überschritten habe, **hielt den Ständerat nicht davon ab, dem Volkswillen mit einem Kniff vollends den Garaus zu machen (Zitatende).**» Und der Nationalrat folgte diesem Verfassungsbruch. Der Titel «Auf direktem Weg in die Diktatur» ist also keinesfalls übertrieben.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?** Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll

kurz und aussagekräftig sein! Folgende Preise sind für solche Kleininserate vorgesehen: Bis 7 Zeilen kostet es 25 Franken, 8 bis 15 Zeilen (oberste Grenze) kosten 50 Franken. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftrag-

gebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 8116, 3001 Bern
Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch
Inserateaufgabe auch direkt möglich auf **www.sd-marktplatz.ch**

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN

SAAB 9-5 2.0 Automat, 1.-Hand Fz., 110'000 km, Klima, Sitzhöhenverst., Radio/CD, sehr gepflegt, neu ab Service und MFK, Tausch, Teilzahlung ohne Anzahlung möglich, Fr. 5700.-. Stadt Bern.
Telefon 079 304 74 51, H. Messerli

Bio-Knospen Olivenöl und **Schweizer Essig** von Waldkirch SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder thomas-fischer@bluewin.ch

Welcher Sammler sucht **Super-8-Filmgeräte, Kameras, Projektoren,**

Betrachter, Schneidegeräte, Klebpressen, Stative, Schwenkköpfe «Miller», Leerspulen verschiedene Grössen. Region Luzern.
Telefon 041 280 52 17

ZU VERMIETEN

Mietwagen, Kleinwagen, Limousine/Kombi, Van, Roller/Motos Ab Fr. 50.- pro Tag, die Fahrzeuge können pro Tag, Woche oder Monat gemietet werden, Langzeit-Miete möglich, Mercedes A-Klasse, alles dabei, Fr. 700.- pro Monat inkl. Steuer und Versicherungen; für die ganze Schweiz. Region Biel.
Telefon 079 408 69 39

GESUCHT


Gesucht Heimarbeit: Div. Arbeiten sind möglich, z.B. montieren, verdrahten, löten, drehen, fräsen, Schildergravuren, kleinere Holzarbeiten, andere Arbeiten auf Anfrage. Ganze Schweiz.
Telefon 044 780 39 37

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor 1970: Eisenbahnen, Blechautos, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten, Dinky Toys, Teddybären usw. Auch alte Ansichtskarten vor 1950, alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw., Region Zürich.
Telefon 079 643 55 64


STELLENSUCHE


Ich will arbeiten! Welcher Schweizer Unternehmer ist noch interessiert an einer qualifizierten, tüchtigen Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre **Erfahrung als Teamleiterin Backoffice und Stv. des GF** mit. Ich habe eine schnelle Auffassungsgabe, bin vielseitig interessiert und möchte da arbeiten, wo CH-Fachkräfte noch gefragt sind. Gerne wieder im Bürobereich (Assistenz/Sachbearbeitung/Teamleitung). Bin auch offen für neue Aufgaben. Bevorzugt in folgenden Kantonen: AG/BL/BE/SO/ZH. Bin mobil.
Telefon 079 640 44 88
E-Mail: puma20@gmx.ch

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: 1. August-Feier in Abtwil (im Säntispark), Kanton St. Gallen.**

Wir freuen uns, mit Ihnen einen unterhaltsamen und gemütlichen Nationalfeiertag zu verbringen.


 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winklerried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

 **SD Stadt Bern: Höck:** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel

«Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 1. Juli 2015, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

Überbordendes Asylwesen

Die Genfer Flüchtlingskonvention enthält fundamentale Mängel: Normalisieren sich die Verhältnisse im Herkunftsland eines Asylanten, muss er nicht dorthin zurückkehren. Er kann für immer und erst noch grösstenteils auf unsere Kosten bei uns bleiben. Asylanten und sogenannte «vorläufig Aufgenommene», die in ihren Heimatländern gefährdet sind, dürfen nicht ausgeschafft werden, selbst wenn sie sich renitent verhalten oder Straftaten begehen.

Der Begriff «Gefährdung» wird so eng ausgelegt, dass praktisch alle Asylanten in ihren Heimatländern gefährdet sind.

Selbst wenn welche aus der

Schweiz in Länder in die Ferien gehen, in denen sie angeblich verfolgt werden, spielt das für ihren Status keine Rolle. Mit dem Asylwesen machen wir die Probleme anderer Länder zu unserem Problem.

Neben Kosten von jährlich mehreren Milliarden nehmen wir in Kauf, dass unser Land mit der Zeit afrikanisiert und islamisiert wird.

Ferner haben wir eine immer höhere Kriminalitätsrate zu akzeptieren.

Mächtige Sozialindustrie

Was wäre, wenn unsere Behörden – die eigentlich dem Wohlergehen



Auch Asylbewerber mit abgelehnten Gesuchen können oftmals nicht ohne weiteres in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

unseres Landes verpflichtet sein sollten – einen temporären Asylstopp verfügen würden, und zwar wenigstens so lange, bis die ande-

ren EU-Länder proportional zur Bevölkerungszahl ebenso viele Flüchtlinge wie wir aufgenommen hätten? Das würde die Asyllobby zu verhindern wissen, denn Tausende lukrative Jobs würden wegfallen. Unterstützung bekäme sie unter anderem von entsprechenden Exponenten der Linksparteien, umsatzorientierten Hilfswerken und quersubventionierten NGOs. Diese gaukeln der Bevölkerung Barmherzigkeit vor.

In Tat und Wahrheit beschränkt sich deren Barmherzigkeit auf das Eigenwohl, das heisst auf die Verteidigung ihrer Pfründe aus dem Asylwesen.

Otto Weiersmüller, Uetikon



Kanton Bern



Städtische Volksabstimmungen vom 14. Juni 2015:

Nein zum Partizipationsreglement

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern lehnen das Reglement über die politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern entschieden ab. Damit wird ein politisches Recht geschaffen, welches für Schweizer Bürger in dieser Form nicht existiert. Mit der sogenannten Ausländermotion kann man theoretisch mehr Einfluss als mit einer städtischen Volksinitiative ausüben, zumal die Motion lediglich 200 und nicht 5000 Unterschriften benötigt.

Sogar Ausländer mit dem Status einer vorläufigen Aufnahme, die zu gegebener Zeit eine Rückkehr ins Ursprungsland nach sich zieht, hätten die Möglichkeit, dieses Instrument zu nutzen.

Der rot-grün dominierte Stadtrat will auf diesem Weg das Ausländerstimmrecht durch die Hintertür einführen.

Die SD werden eine solche Diskriminierung der Schweizer nicht hinnehmen und deshalb die Vorlage aktiv bekämpfen.

Nein zum Gesamtprojekt «Dr nöi Breitsch»

Zum Ausführungskredit des Gesamtprojekts «Dr nöi Breitsch» wird die Nein-Parole empfohlen. Für satte 56,1 Mio. Franken will man eine überdimensionierte Neugestaltung des ganzen Quartiers vornehmen.

Dieses Projekt zielt einmal mehr darauf ab, den unökologischen Schleichverkehr für Autos zu fördern, zumal die Strassen teilweise verschmälert werden und fast auf der gesamten Achse Tempo 30 gelten soll.

Die SD befürworten anstelle dieser Mogelpackung eine Vorlage, welche lediglich die notwendigen Sanierungen der Gleisanlagen sowie der Abwasser- und Werkleitungen beinhaltet.

Zweimal Ja und einmal Stimmfreigabe zu den Leistungsverträgen

Zum Leistungsvertrag mit dem Konzert Theater Bern beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) Stimmfreigabe. Der bereits hohe Jahresbeitrag wird neu auf ca. 18,2 Mio. Franken angehoben. Gegenüber dem Kanton und den Regionsgemeinden bezahlt die Stadt Bern nun den grössten Beitrag. Andererseits ist darin auch die Unterstützung für das angesehene Symphonieorchester enthalten. Dieses gehört zu den wichtigsten kulturellen Institutionen der Stadt Bern. Die Leistungsverträge mit dem Bernischen Historischen Museum und den Kornhausbibliotheken werden oppositionslos befürwortet. Auch die Gesamtsanierung der Volksschule Wankdorf wird zur Annahme empfohlen.

Adrian Pulver, Präsident SD Stadt Bern, Bern

Negative Auswirkungen ausländischer Geschäftsführer

In Schweizer Unternehmen gibt es immer mehr ausländische Geschäftsführer. Ist das problematisch? Ich denke Ja. Diese Geschäftsführer haben andere Wertvorstellungen als wir Schweizer. Viele sind asozial eingestellt und verstehen unser politisches System nicht.

Das ist nicht gut, wenn ein grosser Teil der Unternehmer nicht mehr hinter unserem System steht. Die Politik wird dadurch geschwächt. Wenn diese Geschäftsführer nichts machen, geht es ja noch, aber oft haben Sie destruktive Ideologien wie diese Multikulti-Ideologie. Mein Eindruck ist, dass die Schweiz zu einer der extremsten multikulturellen Nation der Welt geworden ist.

Fast alle Grosskonzerne sind von Multikultis beherrscht. Das konnte geschehen, weil man zuliess, dass viele ausländische Geschäftsführer die Kontrolle in den Firmen übernehmen.

Ausländische Arbeitskräfte gefordert

Diese Firmen haben auch einen grossen Einfluss auf unsere Universitäten. Die Unternehmungen mit ausländischen Geschäftsführern setzten die Universitäten unter Druck. Sie sprechen von Diversität. Sie wollen somit mehr ausländische Arbeitskräfte. Daher bilden unsere Universitäten immer mehr Ausländer aus.

Die Amerikaner mit ihren Universitäten sind wenigstens so schlau, viel Geld zu verlangen, wenn man bei ihnen studiert.

In der Schweiz studieren diese Ausländer fast gratis. Eine sehr teure Sache für die Schweiz. Sollte man nur noch Schweizer Geschäftsführer erlauben? Ich denke, es gibt mindestens zwei Ausnahmen, wo man ausländische Geschäftsführer erlauben muss:

– Beim Konzernsitz: Wenn man keine ausländischen Geschäftsführer erlaubt, wandern diese Firmen ab, was sehr schädlich für die Schweiz wäre. Bei einer nach meiner Meinung gut geführten Unternehmung sollte der Länderchef aber immer ein Einheimischer sein.

– Firmen, deren Geschäftsführer Ausländer ist und über wesentliche Besitzanteile verfügt (Hauptaktionär), sollte man auch unbedingt ermöglichen. Viele Firmen ohne ausländische Unternehmer würden sonst nicht existieren, was ebenfalls schädlich für die Schweiz wäre.

Die Stelle des Geschäftsführers sollte bei Schweizer Unternehmen, mit gewissen Ausnahmen, von Schweizer Bürgern besetzt werden.

Walter Huber, Basel



Et vous, comment vous appelez-vous?

Nous venons d'apprendre, et ce n'est pas une surprise, que les noms les plus répandus dans le canton de Neuchâtel sont: «1- DA SILVA 1104; 2- FERREIRA 733; 3- DOS SANTOS 684; 4- JEANNERET (Tiens donc!) 635; 5- DUBOIS 609; 6- PEREIRA (sans blague!) 567; 7- JACOT 495; 8- GOMES (ben voyons!) 491; 9- PERRET 405; 10- MULLER 403; 11- ROBERT 386; 12- LEUBA 382; 13- ALVES 360; 14- RODRIGUES 354, etc...»

Neuchâtelois, ton identité fout le camp! Quoi de plus normal dans ce pays où l'immigration (la plus élevée d'Europe) déferle avec une telle intensité depuis l'application de la funeste «libre circulation des personnes». **En effet, plus de 500'000 immigrés supplémentaires en 12 ans!** Près d'un million si nous y ajoutons les mortelles naturalisations avec maintien de la nationalité d'origine.

Ces chiffres démentiels expliquent à eux seuls la déliquescence de ce malheureux pays; le mitage du territoire; la fin de la souveraineté; de l'identité, etc...

Nous l'avons dit à l'envi depuis très (trop) longtemps...

Cameron veut en finir avec l'immigration, alors qu'à Lausanne des mondialistes d'extrême gauche ma-

nifestent contre les renvois de 2 migrants érythréens vers l'Italie! **Ici, c'est avec le pays qu'on veut en finir!** Une petite lueur d'espoir quand-même dans la déclaration d'un adversaire redoutable: «Si la Suisse ne se bat pas contre les nationalistes dans les deux années à venir, elle finira isolée en ayant perdu les accords bilatéraux» (François CHERIX, Coprésident du NOMES). Puisse-t-il, pour une fois, avoir raison!...

Deux pays nordiques, la Norvège et la Finlande n'ont, heureusement pour eux, pas attendu les vaticinations comminatoires de ce personnage d'un autre temps.

En Norvège, les nationalistes du «Parti du Progrès» sont associés à la coalition au pouvoir.

Le «Parti des vrais Finlandais» (sic), (imaginez une telle dénomination en Suisse!), constitue la troisième force politique de ce grand pays. Quant à la Suède (un exemple à ne pas suivre), les sociaux-démocrates qui, après avoir ruiné le système social (3 ans de congé maternité!), associés aux Verts (autre calamité), forment l'actuelle coalition gouvernementale (minoritaire), sont tout simplement en train de ruiner le pays tout court! La Suède (17% d'immigrés) est le

pays qui accueille le plus de requérants d'asile en Europe: 120'000 syriens en 2014 et 150'000 prévus cette année! Les autorités suédoises ne savent plus où donner de la tête.

A Malmö, 1 million d'habitants, vivent 250'000 musulmans dont 90% sont au chômage!, modifiant le visage et l'identité suédoise de cette ville (comme en Suisse!). La plus grande école de Malmö (1'000 élèves) ne compte que deux écoliers suédois!

Les enfants arrivent à l'âge de 10 à 12 ans d'Irak, d'Iran, de Syrie, du Liban, etc... **Les lois d'asile les plus libérales d'Europe sont en train d'anéantir ce pays.** Madame Sommaruga, dans son délire, doit rêver de s'en inspirer! Monsieur Levrat, qui propose de multiplier le nombre de réfugiés par dix (sic), aussi! Mais personne ne nous dit, ne nous a jamais dit, jusqu'où tout cela peut aller...

Quitte à nous répéter: la surface habitable, donc constructible, de notre pays n'est que de 15'657 km², soit 38% de sa surface totale. Sa densité démographique n'est donc pas de 200 personnes au km² comme on veut benoîtement nous le faire accroire, mais bien plutôt de 520 habitants pour le même km²!

Nous nous distinguons également par la plus titanesque immigration européenne après le Luxembourg.

Les naturalisations, qui ont explosé depuis une dizaine d'années (sauvegarde de la nationalité d'origine, une aberration!), correspondent à la moitié de la totalité de celles réalisées en France et en Allemagne!... **L'immigration ne fléchit pas (le bétonnage non plus) et le territoire se réduit comme une peau de chagrin.**

Le Capital, dans sa folie luciférienne, a métamorphosé ce pays en prostituée de luxe du continent et la dérégulation s'installe!

Décidément, dans ce domaine nous n'avons rien à envier à la Suède et Cie...

Face à ce cataclysme, on ne peut que songer au terrible anathème de Cioran: «Dieu n'a rien créé qui lui soit plus odieux que ce monde et, du jour où il l'a créé, il ne l'a plus regardé, tant il le hait.» «Le mystique musulman qui a écrit cela, je ne sais qui il était. J'ignorai toujours le nom de cet ami.» (Emil Michel Cioran, 1911-1995).

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Manifestation contre des expulsions

Les Démocrates Suisses (DS) prennent acte du fait qu'environ 500 personnes (près de 1500 selon les organisateurs) ont défilé au centre-ville de Lausanne samedi matin 9 mai dernier pour protester contre la décision d'expulsion rendue par les organes compétents de notre Etat de droit à l'encontre de cinq migrants érythréens occupant l'église Saint-Laurent. Ces manifestants, réunis sous la bannière d'un «CollectifR», font peu de cas de la démocratie. Ils tentent de fourvoyer l'opinion publique quant au sort de ces migrants. **Ces individus relèvent en effet de l'Italie comme pays de premier asile, conformément aux Accords de Dublin, acceptés en votation populaire le 17 mai 2009.**

A noter que les organisations politiques de gauche s'étaient alors majoritairement prononcées pour le Oui et avaient donc gagné cette votation.

Elles sont dès lors malvenues d'en contester aujourd'hui les effets pour leur clientèle de migrants.

Plus récemment, le 9 juin 2013, 78% de nos compatriotes, dont des majorités dans le canton de Vaud et la commune de Lausanne, se sont prononcés pour le renforcement du droit d'asile décidé par voie d'arrêt fédéral urgent en septembre 2012. Cette majorité plébiscitaire ne suffirait-elle pas à ce collectif groupusculaire? **Faut-il en outre rappeler aux manifestants que la nouvelle loi sur l'asile (incluant les mesures de contrainte) a elle aussi été acceptée en votation populaire, le 24**

septembre 2006? Ces milieux, dépourvus de toute assise populaire, se moquent de la démocratie.

Ces gesticulations en faveur de migrants illégaux ont abouti à la résolution de soutien votée peu après par le Grand Conseil vaudois. **De tels actes constituent une invitation à l'immigration, alors que notre pays est déjà submergé par l'afflux d'immigrants illégaux et de requérants.** Cela est d'autant plus regrettable que les organisations de passeurs et les migrants réagissent de manière très réactive aux messages perçus, en dirigeant les mouvements migratoires en priorité vers les pays dont ils attendent le moins de résistance. **Du reste, même l'Union européenne semble enfin décidée à employer des moyens mi-**

litaires contre le crime organisé en Méditerranée. En outre, des Etat asiatiques (Indonésie, Malaisie et Thaïlande) ont récemment bloqué l'arrivée de navires de migrants dans leurs eaux territoriales en recourant à la marine de guerre. Nous devons donc aussi faire preuve de fermeté contre le crime organisé. Car l'heure n'est pas à la faiblesse. **Les DS demandent une politique résolue de protection de notre pays contre les flux migratoires indésirables.**

Le Corps des gardes-frontières pourra être renforcé par l'armée (forces terrestres) à notre frontière sud.

Adrian Pulver, secrétaire central, Berne

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat

Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat /
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Binationale Ehen nehmen weiterhin zu

Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer heiraten einen ausländischen Partner. **Seit dem Jahre 2000 hat sich die Zahl der binationalen Eheschliessungen mehr als verdoppelt.** Die Gründe dafür sind die Globalisierung, der freie Personenverkehr, die internationale Migration, die regen Reiseaktivitäten und eine tolerantere Einstellung gegenüber fremden Ländern und Kulturen.

Im Jahre 2010 gab es in der Schweiz 43'257 Eheschliessungen, davon waren 42,3% binational, und die Tendenz ist steigend.

Dabei ist das Geschlechterverhältnis durchaus vielsagend: In 16,3% der Fälle heiratet eine Schweizerin einen Ausländer. 75% der Ehepartner stammen aus einem EU-Land und 25% aus einem Drittland. In 19,3% der Fälle heiratet ein Schweizer eine Ausländerin. **Nur 60% der Ehepartnerinnen stammen aus einem EU-Land, aber 40% aus Drittländern.** Letztlich heiraten Ausländer in lediglich 6,7% der Fälle andere Ausländerinnen.

Interesse an Exotinnen

Schweizerinnen bevorzugen Männer aus Italien, aus dem Balkan, aus Deutschland, Marokko, Tunesien, Frankreich und Südamerika.

Schweizer dagegen heiraten Deutsche, Frauen aus dem Balkan, Brasilianerinnen, Thailänderinnen, Marokkanerinnen, Russinnen, Italienerinnen, Österreicherinnen und Französinen. Damit wird die landläufige Meinung bestätigt, dass Schweizer Männer Exotinnen sehr anziehend finden, aber auch die rassigen blonden und anspruchsvollen Russinnen und Ukrainerinnen werden immer beliebter, speziell bei den Millionären. Ein prominentes Beispiel dafür ist das Ehepaar Irina und Walter Beller, was uns allerdings bei ihren ständigen Streitereien eher nachdenklich stimmt. **Sind die Schweizer Frauen zu emanzipiert und zu selbstständig, weswegen sich die Schweizer lieber eine füg-samere Thailänderin oder Brasilianerin wünschen?** Doch auch da tauchen meist vielerlei Probleme auf.

Die Scheidungsrate von binationalen Ehen liegt bei 45%, wobei Schweizerinnen doppelt so oft eine Scheidung von ihrem ausländischen Partner verlangen, als Schweizer von ihren fremdländischen Ehefrauen.

Aufenthaltsrecht mittels Scheinehe

In vielen rot-grünen Kreisen wird die Meinung vertreten, Heirat sei die beste Art der Integration.

Seit dem Inkrafttreten des revidierten Ausländergesetzes von 2008 werden trotz verstärkten Kontrollen jährlich mehr als 1000 Scheinehen geschlossen (laut Bundesamt für Migration).

Männer aus Drittländern wollen sich mit einer Heirat oft ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz erschleichen, **lassen sich nach fünf Jahren, sobald sie eingebürgert sind, von der Schweizerin scheiden und holen sich eine jüngere Ehefrau aus ihrem Heimatland.** Solche Missbräuche sollten verhindert werden, was aber sehr schwierig ist.

Viele Ausländerinnen und Ausländer heiraten aus wirtschaftlichen Gründen einen schweizerischen Partner und nicht nur aus Liebe.

Natürlich kann man sagen, «Wo die Liebe hinfällt...», aber es wäre besser, bei der Partnerwahl einen klaren Kopf zu bewahren, bevor man sich voreilig auf etwas einlässt, was man später bereuen könnte, weil sich die gesellschaftlichen und kulturellen Unterschiede als zu gross erweisen.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch